

# Neue Zürcher Zeitung

## Trump ändert nicht viel in Guantánamo

*Der amerikanische Präsident will das Gefangenenlager weiter für Terroristen nutzen — doch es gibt Hürden*

PETER WINKLER, WASHINGTON

Es dauerte mehr als ein Jahr, bis sich der amerikanische Präsident Donald Trump eines ganz besonderen Wahlversprechens erinnerte. In seiner Rede zur Lage der Nation Ende Januar verkündete er, er werde mit einem Erlass das Gefangenenlager für terrorismusverdächtige feindliche Kämpfer auf der Marinebasis von Guantánamo Bay in Kuba offen lassen. Gleichentags veröffentlichte das Weisse Haus das Dokument, das den Schliessungsbefehl des Vorgängers Barack Obama widerrief.

### Mehrere Überraschungen

Damit hatte der Präsident zwar einen Teil seines Wahlversprechens zu Guantánamo, auch «Gitmo» genannt, erfüllt. Doch es war der einfachste Teil, weil eine Schliessung sowieso nicht infrage kam. Die entsprechende Anordnung Obamas aus dem Jahr 2009 war vom Kongress während seiner gesamten achtjährigen Amtszeit abgeblockt worden. Doch nun forderte Trump sein Sicherheitsteam auch auf, innert 90 Tagen eine neue Politik für die Unterbringung von Personen zu entwickeln, die im Rahmen eines bewaffneten Konflikts gefangen genommen werden. Was das bedeuten soll, ist unklar.

Im weiteren Text des Erlasses versteckten sich dann auch noch einige Überraschungen. So betonte Trump ausdrücklich, die von Obama eingeführten regelmässigen Sicherheitsüberprüfungen jener Häftlinge, die ohne Anklage festgehalten werden, würden fortgesetzt. Mit diesen Überprüfungen hatte die Administration Obama jeweils den Boden für die Freilassung jener vorbereitet, die nicht mehr als Bedrohung für die USA wahrgenommen wurden.

Noch im Wahlkampf hatte Trump geschimpft, die Freilassungen aus «Gitmo» müssten aufhören. Deshalb operierte das Gefangenenlager nach Trumps Amtsübernahme quasi auf Autopilot. Fünf Gefangene, die bereits die Empfehlung für eine Freilassung erhalten hatten, blieben im politischen Niemandsland hängen. Jetzt befahl Trump ausdrücklich, dass der Verteidigungsminister den Transfer von Häftlingen, die als ungefährlich eingestuft werden, weiter anordnen könne. Ob dies nun zu entsprechenden Aktivitäten im State Department führt, das mit Drittstaaten Übernahmeabkommen schliessen müsste, ist ebenfalls unklar.



Im Gefangenenlager von Guantanamo sind einzelne Häftlinge schon seit mehr als 15 Jahren ohne Anklage inhaftiert.

JOHN MOORE / GETTY

### Wo sind die «üblen Kerle»?

Besonders schwierig dürfte es werden, den «knackigen» Teil von Trumps Wahlversprechen zu erfüllen: «Gitmo» wieder «mit üblen Kerlen zu füllen». Entgegen ersten Andeutungen verzichtete Trump darauf, den Täter des Terroranschlags von Halloween in New York nach Kuba zu schicken. Dies wäre vermutlich sowieso nur als kurze Posse in die Geschichtsbücher eingegangen, da der Täter in den USA niedergelassen war und auch hier verhaftet wurde. Ihn danach in ein Lager zu stecken, dessen einzige Existenzberechtigung ist, dass es nicht in Amerika liegt, hätte gegen sämtliche rechtlichen Garantien für Angeklagte in den USA verstossen.

Doch auch in anderen Fällen schreckte die Administration Trump vor einer Überstellung nach «Gitmo» zurück. So lieferte Spanien im Juli den algerisch-irischen Doppelbürger Ali Charaf Damache an die USA aus. Ihm wurde vorgeworfen, Mitglieder für das Terrornetzwerk al-Kaida rekrutiert zu haben. Überraschend wurde Damache in Philadelphia einem Strafgericht vorgeführt, während Justizminister Jeff Sessions nur einige Häuser weiter eine Rede hielt.

Den Umstand, dass er Obama das Beurteilen von Terroristen durch normale amerikanische Strafgerichte stets als unverantwortlich vorgeworfen hatte, übergang Sessions grosszügig. Auch sein Ministerium machte in einer Erklärung einen Bogen um diesen Widerspruch. Sollte dies heissen, dass die zuvor abgelehnte Verfahrensweise nun plötzlich in Ordnung wäre? Nicht wirklich. Der wahre Grund wäre leicht zu erklären gewesen. Nur hätte er ein schlechtes Licht auf die martialische Guantánamo - Rhetorik von Trump und Sessions geworfen: Viele Verbündete der USA, so auch Spanien, willigen nur dann in die Auslieferung von Verdächtigen ein, wenn ihnen zugesagt wird, dass diese nicht in «Gitmo» landen.

Sogar als Sondereinheiten des amerikanischen Militärs und des FBI Ende Oktober in einer verdeckten Operation in Libyen Mustafa al-Imam gefangen nahmen und ihm Komplizenschaft beim Terrorangriff auf amerikanische Einrichtungen in Tripolis am 11. September 2012 vorwarfen, wurde Imam nicht etwa nach Kuba gebracht. Getreu einer Praxis, welche die Administration Obama vorexerziert hatte, wurde er stattdessen an Bord eines amerikanischen Kriegsschiffs invernommen und dann in den USA, in diesem Fall in der Hauptstadt Washington, vor einem normalen Strafgericht angeklagt.

Das erregte noch mehr Aufsehen als der Fall Damache, denn Gründe, ihn nicht nach «Gitmo» zu verschiffen, waren keine erkennbar. Ausser natürlich dem unangenehmen Umstand, dass die rechtliche Aufarbeitung von Terrorvorwürfen im Gefangenenlager von Guantánamo Bay ein völliges Desaster ist.

Das Vorhaben, die «feindlichen Kämpfer» vor Militärgerichte zu stellen, das noch auf Präsident George Bush den Jüngeren zurückgeht und von Obama in abgeänderter Form weitergeführt wurde, ist mehrfach vom Supreme Court kritisiert worden. Von den wenigen Urteilen wurden einige später kassiert, und die aktuellen Fälle treten auch darum seit Jahren an der Stelle. Im Gegensatz dazu wurde Imam innert weniger Wochen einem Strafgericht vorgeführt, und er plädierte inzwischen auf nicht schuldig.

Nun sind erneut «Kandidaten» für eine Überstellung nach «Gitmo» aufgetaucht. Gemäss Medienberichten aus Syrien befinden sich zwei Mitglieder einer besonders brutalen Zelle der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in Gewahrsam von kurdischen Kämpfern, die mit Amerika verbündet sind. Es handelt sich dabei um zwei frühere Doppelbürger aus London, denen laut unbestätigten Berichten die britische Staatsbürgerschaft entzogen wurde, um ihre Rückkehr ins Vereinigte Königreich nach der Zerstörung des Kalifats zu verhindern. Die Männer gehörten zur Gruppe von blutrünstigen Jihadisten, die vor laufenden Kameras die Hinrichtung von Journalisten und Hilfswerkmitarbeitern zelebrierte und laut amerikanischen Regierungsangaben mehr als zwei Dutzend wehrlose Gefangene ermordete.

Laut einem Bericht der «Washington Post» ist noch keine Entscheidung gefallen, was mit den Männern geschehen soll. Ein Teil der Administration Trump, unter ihnen der oberste Berater für Terrorismusbekämpfung, Thomas Bossert, soll sich für eine Überstellung nach «Gitmo» starkmachen. Doch aus dem Pentagon, dem State Department und von Familien der Ermordeten soll der Ruf nach einer Verhandlung vor normalen Strafgerichten laut geworden sein. Diese haben sich als effizienter erwiesen als die Militärkommissionen im kubanischen Lager. Öffentlich nimmt zu dieser Frage allerdings niemand Stellung. Das Justizministerium liess nur ausrichten, die USA und ihre Koalitionspartner seien noch am Überlegen, was zu tun sei.

Britische und andere europäische Regierungsstellen hatten offenbar angeregt, solche Fälle vors Internationale Strafgericht in Den Haag zu bringen. Das ist in jenen Fällen, die sich auf die Ermordung von amerikanischen Geiseln beziehen, nicht wahrscheinlich, da die USA den Strafgerichtshof nicht anerkennen. Doch der Vorschlag spiegelt die grundsätzliche Ablehnung des Gefangenenlagers in «Gitmo» durch viele Verbündete. Dass nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge eine ganze Reihe von angeblich immer noch äusserst gefährlichen Häftlingen das Lager wohl als Leichen verlassen werden, ohne dass sie je angeklagt wurden, hilft dabei nicht.

## Gefangene wehren sich

Die Gefangenen selber und ihre Anwälte haben den Kampf gegen diese düsteren Aussichten nicht aufgegeben. 11 der 41 verbliebenen Häftlinge von «Gitmo» machten Mitte Januar am Bundesbezirksgericht von Washington eine sogenannte Habeas-Corpus-Eingabe, ein Gesuch um einen Haftprüfungstermin, bei dem auf das verfassungsmässig garantierte Recht von Verhafteten auf ein rasches Gerichtsverfahren gepocht wird.

Im Visier der Anwälte steht besonders die Tatsache, dass einzelne Gefangene schon seit mehr als 15 Jahren ohne Anklage inhaftiert sind. Allein dies, so hoffen die Anwälte, werde die bisherige Rechtsprechung, welche die Inhaftierung in «Gitmo» nicht grundsätzlich untersagte, infrage stellen. Dagegen spricht, dass die Häftlinge von Guantánamo Bay in den Augen der amerikanischen Regierung eben gerade nicht als Terrorverdächtige festgehalten werden, sondern als feindliche Kämpfer - in einem bewaffneten Konflikt, der kein absehbares Ende hat.

## Noch 41 Gefangene



QUELLE: THE NEW YORK TIMES

NZZ – Infografik / efl.

## Das teuerste Gefängnis der Welt

win. • Laut den letzten publizierten Angaben von 2015 kostete der Betrieb des Gefangenenlagers auf Guantánamo Bay in jenem Jahr geschätzte 445 Millionen Dollar. Damals waren noch mehr als 100 Häftlinge in dem Lager für sogenannte «feindliche Kämpfer», die man im Feldzug gegen den Terrorismus festgenommen hatte. Heute sind es noch 41 Insassen, womit vermutlich auch die Kosten etwas sanken, weil ein kompletter Zellentrakt in der Marinebasis auf Kuba geschlossen werden konnte.

Doch selbst wenn man in einer konservativen Schätzung mit Kosten von 300 Millionen Dollar pro Jahr rechnen wollte, ergibt das einen Aufwand von mehr als 7 Millionen Dollar pro Häftling pro Jahr. Die grotesk hohe Zahl erklärt sich zum einen aus der Lage des Gefängnisses an der Bucht von Guantánamo. Alle Güter, die gebraucht werden, müssen mit Schiffen oder Flugzeugen herangeschafft werden.

Wirklich teuer aber sind die rund 1700 Militärangehörigen und Zivilisten, die für den Betrieb und den Unterhalt des Gefangenenlagers verantwortlich sind. Auf jeden der zurzeit 41 Häftlinge kommen 41 Betreuer.

Dass die Vereinigten Staaten einen solchen Aufwand an Personal und Geld auf sich nehmen, hat ironischerweise wohl gerade damit zu tun, dass die rechtliche Basis des gesamten Unternehmens auf einem dünnen Fundament steht. Dem Ruf Amerikas als Rechtsstaat schadet Guantánamo Bay zweifellos. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), das Zugang zum Gefangenenlager erhielt, beklagte laut einem 2004 von der «New York Times» zitierten geheimen Bericht die Misshandlung von Häftlingen. Umso mehr scheint man inzwischen bemüht, sich im konkreten Alltag geradezu fürsorglich um die Häftlinge zu kümmern, um keine Angriffsfläche für Vorwürfe von Menschenrechtlern zu bieten.